

Vor der Ungewissheit der Zukunft

Kommentare zum Buch “Das Ende der Bequemlichkeit”

von ZHU Xiaoping

Ein Freund hat mich gebeten, das mir vorgelegte Buch “Das Ende der Bequemlichkeit - 7 Thesen zur Zukunft Österreichs“¹ zu kommentieren, dessen Autor Hannes Androsch ein westeuropäischer Politiker bzw. Vizekanzler der österreichischen Regierung war. Mich angezogen hat vor allem natürlich der Titel “Das Ende der Bequemlichkeit”. Seit gut zwanzig Jahren gibt es eine Vielzahl von Büchern mit “Ende” als Titel, was nicht unbedingt als Zufall zu verstehen ist. Der Grund dafür ist sicherlich auch nicht mit der kalenderbezogenen Jahrtausendwende verbunden, die auf die Geburt Jesus zurückzuverweisen war und zufälligerweise in den vergangenen zwanzig Jahren gefallen ist. Angefangen mit dem berühmten Werk von Fukuyama “The Ende of History”, hat es sich bis zur Gegenwart eine ganze Reihe von bedeutungsvollen Ereignissen ergeben, und mit folgenden Beispielen:

Die neue Reform und Öffnung der VR China;
Der Kosovo-Krieg von 1996-1999;
Die asiatische Finanzkrise von 1997;
Der Terroranschlag vom 11. September 2001 sowie die nachfolgenden zwei Kriege der Amerikaner in Afghanistan und Iraq;
Der Eintritt der VR China in die WTO und die somit als die sogenannte “Weltfabrik”;
Die “Farbrevolutionen” seit 2004 in den Ländern wie Georgien, Ukraine etc.;
Die Finanzkrise 2008, angefangen in den USA und anschliessend weltweit ausgeweitet, sowie davon abgeleitet Staatsschuldenkrise in Europa, die heutzutage noch nicht überwunden ist;
Die “Jasminrevolutionen” seit 2011 in Nordafrika sowie davon hergeleitete negative böse Bewegung “Der islamische Staat in Iraq und Levante” (ISIS);

¹ Die auf die österreichische Geschichte und Gegenwart bezogenen Darstellungen werden meistens aus diesem Buch zitiert, soweit sie nicht gesondert vermerkt sind. Ausserdem sind auch Zitate aus anderer Literatur und dem Internet zu lesen, ebenso ohne Vermerk.

Die überraschende Zergliederung der Ukraine 2014 unter Einmischung von Russland und der nachfolgende Bürgerkrieg usw..

Konfrontiert zu den Komplexen der historischen Ereignissen seit dem Vierteljahrhundert und deren unmittelbaren oder mittelbaren Anprall zu den Bevölkerungen in den jeweiligen Religionen, haben wir, die sich in der Geschichte befinden, eine dringende Aufgabe, diesen Abschnitt der gegenwärtigen Geschichte bzw. unsere eigene Geschichte nachzulesen und zu verstehen.

Anderes als die Darstellung von Fukuyama über das Ende der Geschichte, hat sich Androsch auf die Gegenwart stützend nach der Zukunft orientiert, um über die Geschichte des eigenen Landes nachzudenken, während Fukuyama als ein Weiser der Endgeneration am Ende der Geschichte - an dem von ihm ausgedachten Ende - sein Statement abgerundet hat. Aus diesem Grunde können die Darstellungen von Fukuyama nur als die Philosophie der Historie gelten. Doch Androsch hat sich mit der Realität der Geschichte konfrontiert.

Die reale Geschichte ist trotzdem weit noch nicht ans Ende gekommen, auch in der absehbaren Zukunft ist keine Spur vom Ende der Geschichte zu erblicken. Dennoch ist die Geschichte, in der wir uns momentan befinden, bereits durch den Anstoss von einer Reihe von Ereignissen geändert worden. Die Zeit vor und nach der Änderung ist "das Ende einer Zeit", wie Androsch es behauptet. Aber an dieser Stelle brauchen wir nicht übertreibend den Beginn eines neuen Zeitalters zu jubeln. Neues Zeitalter gibt es nicht, aber nur „Post...zeitalter“.

Nach den Vorstellungen von Fukuyama kann die Endgeneration nur in der ultimate world bestanden aus ultimate states als „common even units“ existieren. Ganz im Gegenteil, in der Gegenwart leben die meisten Leute von uns in einer Nation oder einem Staat, doch Nation unterscheidet sich wiederum vom Staat. Darum kann die gegenwärtige reale Geschichte sowohl national als auch staatlich, daher auch verschiedenartig sein. Die Zeit bzw. die Zeit der Bequemlichkeit, von der Androsch spricht, ist zu Ende gegangen. Dies bringt die gegenwärtige Geschichte von Österreich (ebenso als Vertreter Europas) haargenau zum Ausdruck. Aber wenn man die „Bequemlichkeit“ woanders verwenden würden, angenommen auf China, so wäre es total

daneben. Doch gerade dadurch wird der Wert der realen Geschichte erkennbar, denn nur an den Unterschieden ist die Differenzierung zwischen uns erkennbar. Dabei befinden sich die regional differenzierten Menschen bereits längst in dem globale Dorf der Welt.

Für chinesische Wissenschaftler gilt "Österreich" als eine Bezeichnung mit einer besonderen Attraktivität. Wenn wir von Österreich sprechen, denken wir nicht nur an eine geografischen Kette gefüllt mit humanistischem Sinn, bestanden aus Mitte Europas-die Alpen-die Donau-Wien, sondern auch gleichzeitig an das bemerkenswerte Phänomen zwischen der Zeit vom Anfang bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts, mit Wien als Mittelpunkt, wo kulturelle und gedankliche Erfolge explodierten, was Androsch als „Denkbewegungen“ bezeichnete. Darunter zu zählen waren die weltweit einflussreiche österreichische Schule der Wirtschaftstheorien, der einzigartige grosse Ökonom Josef Alois Schumpeter, der größte Logiker des 20. Jahrhunderts Kurt Gödel, im philosophischen Bereich Karl Popper und Ludwig Wittgenstein sowie sowohl in Wirtschaftstheorie als auch in Politphilosophie beitragsreicher Friedrich von Hayek, in der Psychologie der berühmte Sigmund Freud etc.. Mit grossem Stolz hat Androsch in seinem Buch mit einem Atemzug 55 Prominenten aus dieser Zeitepoche in verschiedenen Bereichen aufgelistet. Sie gelten als der größte Beitrag Österreichs zu der ganzen Menschheit. Was darüber hinausgeht, sind die Kenntnisse über Österreich für die meisten Chinesen, zu denen ich selber auch gehöre, leider nicht ganz bekannt, jedenfalls unvollständig und zusammenhangslos.

Das Buch von Androsch ist kein akademisches Werk, es hat sich auch nicht nach ausländischen Lesern orientiert. Als österreichischer Politiker hat der Autor an das österreichische Publikum gedacht. Er hat sich aus der historischen Sicht eines Politikers über die moderne Geschichte und Gegenwart von Österreich nachdenklich gemacht. Dieses Nachdenken richtet sich nach der Diagnostik- das Ende der Bequemlichkeit- und einigen Reforminitiativen.

Aus semantischer Wechselsicht deutet das Ende der Bequemlichkeit den Bestand der Bequemlichkeit an (sie hat wenigstens mal bestanden). Es war zweifellos ein grosser Erfolg, denn aus historischer Sicht kann man das "Österreich" als einen Erfolg betrachten.

Die jahrtausendelange chinesische Geschichte ist eine Geschichte geprägt vom Dynastienwechsel, an dem wir Chinesen gewohnt sind. Im Gegenteil scheint die Geschichte Europas vor allem die des Mitteleuropas ungeordnet zu sein.

Österreich als ein Staat mit der Präfix „Republik“ ist ein Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz zum Schluss des Ersten Weltkriegs. In Hinsicht der groben Historie der Staatsform ist Österreich zunächst auf die Österreichisch-Ungarische Monarchie zurückzuführen, eine der fünf Mächte (England, Deutschland, Frankreich, Österreich, Russland) während der Zeit, wo es in Europa Großmächte dominierten. Wenn man weiter in die Vergangenheit zurückverfolgt, war das Kaisertum Österreich oder zusammen mit der Habsburgermonarchie (1806-1914), noch weiter zurück das Heilige Römische Reich (nach der Habsburgermonarchie 1276 - 1806).

In der Vorgeschichte der Staatsformung des österreichischen Gebietes war es eine Provinz des Weströmischen Reichs. Für die westeuropäischen Reiche galt Österreich als die „Grenze zum Osten“. Nachdem das Weströmische Reich in der zweiten Hälfte des fünften Jahrhunderts zerfallen war, haben die Nomaden wie die Goten, Hunnen, Awaren usw. um dieses Gebiet gekämpft. In der Folgezeit im Fränkischen Reich hat das Ostfränkische Königsland auf diesem Gebiet *marchia* (Grenzschutz) errichtet. Im Jahre 976 hat Joseph II. des Heiligen Römischen Reichs hier *marchia orientalis* bzw. Grenzschutzgebiet im Osten errichtet. Mit der Wanderung der deutschen Stämme in die südliche Richtung wurde dieses Gebiet schliesslich deutschsprachig. Zum Ende des 10. Jahrhunderts wurde die Bezeichnung *orientalis* zu *Ostarrîchi* in Althochdeutsch gewandelt, das sich dann weiter entwickelt zum heutigen Namen Österreich. Daher bedeutet „Österreich“ im etymologischen Sinne „der Osten Westeuropas“. Im Hinblick auf die Geschichte der Staatsformen hat Österreich einen Weg zurück gelegt, der von der Staatsgrenze zur Mitte eines Staatsreichs und nach dem Reichszerfall bis hin zu einem modernen nationalen Staat geführt hat.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war nationale Selbstbestimmung gang und gäbe. Dazu kam die „Festlegung“ der Siegermächte, so ist das Restgebiet des Kriegsverlierers bzw. des zusammengebrochenen Österreich-Ungarischen Reichs

Österreich geworden. Ganz wie Androsch in seinem Buch zitiert hat, hat der sogenannte „Tiger von Frankreich“ Georges Clemenceau mehr oder weniger mit siegreicher Höflichkeit aber auch treffenden Worten festgestellt: Österreich war ein Rest-Territorium. Gerade dieses „restgelegte“ Österreich ist seitdem eine Republik geworden: „ab 1918 gab es keinen Kaiser mehr“. Dennoch hat die Republik in den folgenden etwa 40 Jahren eine Reihe von Krisen zu überwinden.

Die damalige Erste Republik von Österreich besass nur einen Teil von Cisleithanien (mit Wien als Hauptstadt) auf der westlichen Seite der Leitha. Der Anschluss an Deutschland (die Weimarer Republik) wurde verboten. Doch im Jahre 1938 hat Österreich mit dem Einmarsch von Adolf Hitler schliesslich die Anbindung zu dem Deutschen Dritten Reich gestellt. Androsch hat den Zweck von Hitlers Einmarsch nach Österreich verdeutlicht: den Devisen- und Goldschatz der Österreichischen Nationalbank im Werte von 2,7 Milliarden Schilling, 18-mal größer als jener der Deutschen Reichsbank, nach Berlin zu bringen, wo er für volle neun Monate die deutsche Aufrüstung finanzierte.

1944 hat die Sowjetunion bei der Wiener Schlacht die Deutschen besiegt und anschliessend die Gesamtfläche von Österreich erobert. 1945 hat die Sowjetunion Amerika, England und Frankreich nach Wien zugelassen, somit war Österreich von vier Großmächten besetzt, bis Österreich am 15. Mai 1955 mit den vier Großmächten einen „Österreichischen Staatsvertrag“ unterzeichnete, im dem weder politischen noch wirtschaftlichen Anschluss jeglicher Art an Deutschland nimmer erlaubt war. Als Sanktionen gegen Österreich wegen seiner Anbindung an Nazi-Deutschland hatte es der Sowjetunion einen Kriegsschaden mit einem Betrag von 150 Millionen US Dollar zu erstatten. Gleichzeitig hatte Österreich sich seine immerwährende Neutralität zu erklären. Die vier Großmächte versprachen dann den Auszug ihrer gesamten Streitkräfte aus Österreich. Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags sprach der derzeitige Aussenminister Leopold Figl als österreichischer Vertragsunterzeichner ganz herzlich aus: „Österreich ist frei“. Dieser Satz gilt sodann als Worte der Zeit. Der 26. Oktober 1955 war der letzte Tag für den Truppenauszug der vier Besatzungen aus Österreich, der gleichzeitig auch als den Gründungstag der Zweiten Republik Österreichs festgelegt wurde. Die Neutralität Österreichs wurde in die Verfassung geschrieben. Im Dezember desselben Jahres ist das unabhängige Österreich in die UNO

beigetreten. Aber wegen der Beschränkung auf die Neutralität Österreichs durch den Staatsvertrag wurde der Beitritt in die Europäische Gemeinschaft untersagt. Erst mit dem Ende des Kalten Kriegs und der Auflösung der Sowjetunion ist Österreich 1995 in die EU eingetreten und 1999 in die Euro-Zone.

Es hat fast 200 Jahre gedauert, bis Österreich den Weg mit den Staatsformen vom Reich zur Republik gewechselt, wenn man den Zerfall des Römischen Reichs als den Start des Wegs ansieht. Schon allein im 20. Jahrhundert hat die österreichische Geschichte viele Veränderungen hinter sich gebracht. Zur Anschaulichkeit hat Androsch ein Beispiel gestellt: ein um 1900 geborener Österreicher hat bei normaler Lebenslänge fünf Hymnen gehört, hatte sieben Eide zu schwören, hat in fünf Währungen bezahlt, mehrfach seine Ersparnisse verloren und sechs Staatsbezeichnungen erlebt. Doch schliesslich ist Österreich frei! Es war das erste Land, das sich im Zeitraum von 1945-1989 auf eine friedliche Weise durch einen Staatsvertrag von den Besatzungen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs befreit hat. Erfolg für Österreich.

Ausserdem hat Androsch ausführlich dargestellt, dass die Unterzeichnung des Staatsvertrags auch im engeren Zusammenhang mit dem Marshallplan stand. Zwischen 1948 und 1952 erhielt Österreich im Rahmen des Marshallplans unter allen Empfängerstaaten die zweithöchste Summe an Hilfe pro Kopf, zeitweise in Höhe von zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies hatte einen erheblichen Beitrag zum Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft geleistet. Darüber hinaus war es von noch größerer Bedeutung: Weil die USA amerikanische Kontrolleure für die Verteilung der Hilfsgüter und Kredite des Marshallplans installieren wollten, lehnten die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten die Marshallhilfe ab. Theoretisch sollte dieses Veto auch für den Ostteil Österreichs (einschliesslich Wien) gelten. Doch der US-Kongress stimmte gezielt auf Österreich einer einmaligen Ausnahme innerhalb des ERP-Gesetzes zu – nur in der Sowjetzone Österreich sollte es österreichische statt amerikanische Kontrolleure für die Umsetzung des Marshallplans geben dürfen. Damit war auch das Veto der Sowjets in Ostösterreich hinfällig, ganz Österreich konnte nun am Marshallplan partizipieren. Ein wiederholender Zerreiß blieb der jungen Zweiten Republik glücklicherweise erspart. Von mehr historischer Bedeutung war, weil ganz Österreich vom

Marshallplan profitierte, wurde der Integrationsprozess der Zweiten Republik in die westeuropäische Wirtschaft zustande gebracht. Dadurch hat sich Österreich aussen- und innenpolitisch von der Reichstradition (speziell Österreich-ungarischer) abgewehrt mit der Zuneigung zu Ost- und Südosteuropa, ganz hin dem Westlager zugewandt.

Darüber hinaus hat Androsch darauf hingewiesen, eng verbunden mit der Partizipation des Marshallplans ist eine grosse Koalition der weiteren Parteien zustande gekommen, nachdem die von der Sowjetunion unterstützten kommunistische Partei Österreichs 1947 aus der Regierung ausgetreten ist. Ein sozialpartnerschaftliches Konzept kam kontinuierlich zum Tragen. In diesem neuorientierten Sozialvertrag mit fünf hintereinander folgenden Preis-Lohn-Abkommen wurde vorgeschrieben, dass die Lohnentwicklung unter der Produktivitätssteigerung liegen sollte, um dem Ausbau der Investitionstätigkeit notwendige Voraussetzungen zu schaffen. Die Währungsreform 1947 hat die Inflation gedämpft, in dem die massiv entwertete Geldmenge in alter Währung, über welche die österreichische Bevölkerung verfügte, mit neuer Währung abgeglichen wurde.

Ein sozialpartnerschaftlicher Konsens ist in die Sicherheit getreten und mehrfache Proteste der Linken (österreichische Kommunisten etc.) erfolgreich überstanden. Die Zweite Republik hat sich immer an der pluralistischen, neutralen und rechtsstaatlichen Demokratie festgehalten. Die Dokumentierung der immerwährenden Neutralität in die Verfassung der Republik bedeutete auch, dass Österreich auf den Reichstraum, den es in der Geschichte als „Grossösterreich“ hatte, für immer verzichtet hat und sich mit einem unabhängigen, neutralen Kleinland zurechtfindet.

Bemerkenswert ist, dass in beiden Verträgen - sowohl im Vertrag zum Ende des Ersten Weltkriegs der Siegermächte über Österreich als auch im Österreichischen Staatsvertrag nach dem Zweiten Weltkrieg - Klauseln zum Untersagen der Anbindung zwischen Österreich und Deutschland zu finden sind.

Die grosse Besonderheit der deutsch-österreichischen Beziehungen ist historisch bedingt. In Hinsicht der Staatsformen hat Deutschland eine ähnliche Entwicklung wie Österreich hatte, ebenso angefangen als ein Grenzgebiet. Zur Erweiterung auf die östliche Seite der Elbe und Abwehr gegen den Einmarsch der

Slawen nach Westen errichtete der Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Lothar II. die Mark (Grenzschutzgebiet) Brandenburg. In der späten Kreuzkriegszeit erweiterte sich der Deutschritterorden entlang der Südküste des Ostsees in den Osten, im Zuge dessen wurde das später als Ostpreußen genannte Herzogtum Preußen (aber unter polnischer Suzeränität) herangebildet.

Im Jahr 1618 erlosch die Linie des Hauses des Hochmeisters des Deutschen Ordens Albrecht Hohenzollern - Herrscher im Herzogtum Preußen - im Mannesstamm. Dann fiel das Herzogtum Preußen in die Herrschaft des Kurfürsten Brandenburg und somit wurde das Herzogtum Brandenburg-Preußen gebildet. Während Ostpreußen ausserhalb der Grenze des Heiligen Römischen Reichs lag und damit verbunden aus der reichskaiserlichen Herrschaft geriet, war Brandenburg innerhalb der Grenze und namentlich unter der Zuständigkeit des Reichskaisers. Daher krönte sich 1701 der brandenburgische Kurfürst als Friedrich I. zum König in Preußen und gründete die Hohenzollern-Dynastie an, die das preußische Königsland regierte. Dies hat schließlich dazu geführt, dass Preußen Deutschland vereinheitlichte. Da die Machtgrundlage des preußischen Königtums aus Brandenburg herkommt, stand es jedenfalls namhaft in der kaiserlichen Herrschaft des Heiligen Römischen Reichs. Doch seine Bezeichnung wurde von Preußen geerbt, in diesem Sinne bestand eine Unabhängigkeit vom Reichskaiser. Solche undeutliche Dualismus führte stets zu einer inneren Spannung von Einheit und Trennung zwischen dem nichtösterreichischen deutschen Gebiet (einschliesslich Preußen) und Wien (auch Österreich) als Residenz des Habsburger Kaiserhauses im Heiligen Römischen Reich. Zur Überwindung dieses Problems wurden fast hundert Jahre gebraucht, angefangen mit den deutschen Einigungskriegen ausgebrochen im Jahr 1848, bis 1866 der Österreichische Staatsvertrag unterzeichnet wurde. Während der Einigungskriege (1848 - 1871) vollzog sich 1866 der preussische Krieg gegen Österreich. Nach der militärischen Niederlage von Österreich wurde dieses für immer aus den deutschen Angelegenheiten ausgegliedert, musste sich dann zum Osten wenden und mit den ungarischen Adler Kompromisse machen, als Ergebnis sich zu der Österreich-Ungarischen Doppelmonarchie wechseln. Der heutige mitteleuropäische Zustand ist erst nach längerer Zeit auf den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und Beitritt von Österreich in die EU 1995 zurückzuführen.

Bei der Darstellung über die deutsch-österreichischen Beziehungen hat Androsch mit grossem Bedauern auf eine hoch interessante Geschichtsquelle hingedeutet, nämlich im Jahr 1848 initiierte der amtierende österreichische Ministerpräsident Schwarzenberg eigentlich einen grosse Plan mit der Errichtung eines einheitlichen „mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes“. Dieser Plan wurde angeregt vom Handels- und Finanzminister Freiherr von Bruck, der aus dem Rheinland stammte und Protestant war. Das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet sollte mit dem Deutschen Bund als Zentrum die heutigen Beneluxstaaten und Skandinaviens sowie der damals von Österreich beherrschten oberitalienischen Gebiete decken, mit insgesamt 70 Millionen Menschen. Zur gleichen Zeit förderte der berühmte liberale britische Politiker Richard Cobden mit grosser Mühe den britisch-franzoesischen Freihandel, um kriegerische Konflikte zu vermeiden. 1860 wurde das britisch-französische Freihandelsabkommen (Cobden-Vertrag) erfolgreich abgeschlossen. Kurz danach ignorierte Preußen die Initiative mit dem „mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiet“ und unterzeichnete 1862 nach dem Vorbild des Cobden-Vertrags allein mit Frankreich das Meistbegünstigungsabkommen, sodass die Vorstellung von Schwarzenberg „Mitteleuropa“ dadurch scheiterte. Androsch deutete darauf hin, dass beim Kampf der Staatsgestaltung im deutschen Gebiet der Habsburger Kaisermonarchie gegen Preußen die wirtschaftliche Niederlage bereits vier Jahre vor der militärischen besiegelt wurde.

Sobald die nationalstaatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg normalisiert wurden, bildeten die Gleichheit bei der Nationalität, Sprache, Kultur sowie die geologische Nachbarschaft von Deutschland (nach dem II. Weltkrieg Westdeutschland bzw. der BRD) und Österreich jedoch einen Vorteil der Identität für die wirtschaftliche Entwicklung der Zweiten Republik Österreichs. Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde mit Mitwirkung von Androsch die Hartwährungspolitik mit Festhalten von österreichischen Schilling an der Deutschen Mark eingeführt, was eine wesentliche Grundlage für die österreichische Wirtschaftsentwicklung schaffte.

Androsch schrieb, nachdem Europa in der Zeit nach dem Zeiten Weltkrieg beim Wiederaufbau eine rapide wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hinter sich erbracht hatte, wurde in

den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts eine Reihe von Problemen wie die folgenden erkennbar: die Finanzierbarkeit der Sozialausgaben kam an die Grenze, die staatlichen Institutionen wurden immer größer, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Staaten war schwach, und in Österreich wurde dies alles in den Zahlen der dauernden Leistungsbilanzdefizite sichtbar. Dazu kam 1973 die erste Ölkrise, die einen wirtschaftlichen Wachstumsknick verbunden mit einem Inflationsschub brachte. Die starken Gewerkschaften ermöglichten jahrelang eine wesentlich höhere Steigerung der Löhne als die des wirtschaftlichen Wachstums. Ab 1976 wurde das österreichische Schilling in einem festen Wechselkursverhältnis an die Deutsche Mark angebunden, 1977 wurde aus Gewerkschaft, Nationalbank (entspricht Zentralbank) und Finanzminister eine „unwahrscheinliche Allianz“ gelangt, um die Verschlechterung der Leistungsbilanz und hohe Lohnentwicklung zu dämpfen.

Die moderne Wirtschaftsgeschichte zeigt, wenn ein wirtschaftlich sehr offenes Kleinland an einer unabhängigen Währungspolitik festhält, wird es wegen des kleinen Volumens nicht in der Lage sein, sich gegen massenhaften Kapitaleinfuhr und -ausfuhr verursacht durch Arbitrage zu wehren. Falls aber dann die Finanz- und Währungspolitik als Gegenmassnahme zum Ausgleich eingesetzt würde, würde die inländische Makrowirtschaft aus der Balance gebracht. Zur Erreichung der wirtschaftlichen Stabilität verankern deswegen die Kleinländer mit offener Wirtschaft üblicherweise die eigene Währung mit einem fixen Wechselkursverhältnis an einer harten Währung eines Grosslandes fest, was als „Währungsinstitution“ bezeichnet wurde. Doch die Voraussetzung zum zügigen Funktionieren dieser Institution liegt darin, dass die Wirtschaftsstruktur sowie die Höhe der Löhne, Steuer und Zinssätze der Kleinländer soweit anzupassen sind, bis der Leistungsbilanzüberschuss andauernd hält. Erst dann hat das Währungsinstitut die Möglichkeit, anhand der vorhandenen Reserven der harten Währung (Währung eines Grosslandes) der inländischen Wirtschaft eigennationale Währung zu einem festen Wechselkurs anzubieten, um das Wachstum im Inland zu fördern und den Ausgleich zwischen der Steigerung der im Umlauf befindlichen Geldmenge und dem Wachstum der Wirtschaftsmenge zu realisieren. Das chinesische Hongkong und Österreich, beide haben erfolgsweise Währungsinstitution eingeführt, die Binnenwirtschaft umstrukturiert und wurden jeweils vorbildliches Beispiel für exportorientierte Kleinländer und Gebiete

mit offener Wirtschaft. Heutzutage beträgt das Exportvolumen von Österreich rund 58 Prozent der gesamten Wertschöpfung. Vergleichbar war die Situation von Italien in den 70er Jahren, wie Androsch darstellte, aber Italien hat einen ganz anderen Weg als Österreich genommen, nämlich durch die Abwertung der Lira die Leistungsbilanz zu verbessern und damit den innen Ausgleich zu schaffen. Die Folge war, die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Wirtschaft konnte nicht im Wesen verbessert werden, und Italien steckt heute noch immer in den Belastungen der hohen Staatsschulden.

Nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts durfte Österreich endlich in die EU beitreten und schliesslich dann auch in die Eurozone eintreten. Dazu ist es der EU gelungen, die osteuropäischen Staaten zu sich zu gewinnen, die ursprünglich dem ehemaligen sowjetischen Lager angehörten. Seitdem profitiert Österreich bei der Wirtschaftsentwicklung erneut von seinem historischen Zusammenhang mit der damaligen Habsburgermonarchie, die in der Zeit des Österreich-Ungarischen Reichs territorial das heutige Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Polen (teilweise), Westukraine sowie das ehemalige Jugoslawien deckte. Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft (insbesondere im Finanzwesen) hat im Ostteil des ehemaligen Österreich-Ungarischen Reichs einen grossen Markt entdeckt.

Österreich ist zum Erfolg gekommen! In der Wikipedia chinesischer Version ist unter dem Schlagwort „Geschichte Österreichs“ folgende Darstellung nachzulesen:

Es ist ein Binnenland in der Mitte Europas. In der Geschichte war es eine berühmte Grossmacht im Deutschen Gebiet, hat sich aber nach dem Ersten Weltkrieg bergab abgeschwächt, ist jedoch später im Laufe der demokratischen Bewegung zum einem Sozialstaat insbesondere geeignet für ein schönes Leben im Ruhestand geworden.

Gerade aus diesem Grunde ist Österreich erneut krank geworden! Laut Androsch gibt es im Grund genommen zwei Symptome: die Unfinanzierbarkeit der hohen Wohlfahrtskosten einerseits und die Verschlechterung der staatlichen Bildung- und Innovationsfähigkeit andererseits.

Nach statistischen Angaben in diesem Buch betragen 1956 alle Sozialausgaben im Verhältnis zur jährlichen Wirtschaftsleistung 16 Prozent. Dieser Wert stieg 2010 auf 30 Prozent. Hohe Rentenleistungen brachten alle möglichen Formen von Frühpensionierungen mit. Vor 30 Jahren gab es nur 50.000 Frühpensionisten in Österreich, jetzt sind es 650.000. Die demographische Struktur entwickelt sich von Tag zu Tag ungünstiger. Die Lebenserwartung ist im Vergleich zu den 50er Jahren um 20 Jahre gestiegen, aber das effektive Pensionsantrittsalter ist von 61 Jahren Mitte der 70er Jahre auf 58 Jahre zurückgegangen. Die jährliche Geburtenanzahl in der Gegenwart ist im Vergleich zu den 60er Jahren mit 42,2 Prozent fast um die Hälfte zurückgegangen. 2012 ist in Österreich der Gesamtstaatsschuldenstand auf 75 Prozent des BIP gestiegen, dabei liegt die Steuerquote hochgelandet bei 42 Prozent, um 3,2 Prozentpunkte höher als in Deutschland oder im EU-Durchschnitt. Diese Zahlen zeigen unverkennbar, dass unter Unvereinbarkeit der demographischen Struktur und den Gesamteinkünfte der Volkswirtschaft die hohen Sozialleistungen nicht mehr finanzierbar sind. Die Zeit der Bequemlichkeit ist ans Ende gekommen.

Bei der Gründung der Zweiten Republik hatte Österreich gleich wie die anderen europäischen Länder auf den Ruinen des Zweiten Weltkriegs die Volkswirtschaft wieder aufzubauen, hat den wirtschaftlichen Aufholprozess (bezogen auf die USA) in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts hinter sich gebracht. Während dieser Zeitphase hat die Innovationskraft der Unternehmer hervorragende Rolle gespielt. Androsch schrieb beispielweise, dass es im Ausland nicht bekannt ist, welche Marken österreichisch sind, aber Konsumgüter-Marken wie Swarovski und Red Bull sind in der Tat österreichische Marken. Laut einer Berechnung des Strategieexperten Hermann Simon hat Österreich annähernd so viele dieser unbekanntesten Weltmarktführer pro Millionen Einwohner (13,8) wie die Schweiz (13,9). Deutschland führt mit 16,0 die Tabelle an, Schweden liegt bei 5,4, die Niederlande bei 1,7. Man muss schon sagen, dass die Innovation der österreichischen Unternehmen auch in der Geschichte erfolgreich war.

Auch in Friedenszeiten muss man an mögliche Gefahren denken. Als Politiker und auch Unternehmer, die weise Voraussicht haben muss, ist Androsch der Meinung, dass die Innovationsfähigkeit der österreichischen Unternehmen und Bürger seit 2008 abnimmt.

Wenn dieser Trend sich nicht rechtzeitig wendet, ist die damit verbundene Schädlichkeit für das Österreich ohne Bequemlichkeit mehr langfristig gesehen unabschätzbar. Natürlich kann man innerhalb von wenigen Jahren die Nachfolge der Innovationsminderung mit konkreten Zahlen bemessen. Auch Androsch hat nur auf das Abrutschen von Österreich im Innovationsranking der 27 EU-Staaten hingedeutet (2009 mit Platz 6 und 2013 abgerutscht auf Platz 9). Der grosse Vorteil der Darstellungen von Androsch liegt bei der historischen Bozogenheit, wie der chinesische Übersetzer dieses Buchs im Nachwort sagt. Bei der Klärung des besorgnisvollen Phänomens mit der Innovationsabschwächung versuchte Androsch, sich an der Geschichte zu erkundigen. Er meinte, dass zur Begründung des Mangels an Innovationfähigkeit in der österreichischen Gesellschaft die historische Wurzel in der Rekatholisierung in Österreich ab dem Dreißigjährigen Krieg zu finden ist.

Von der Zeit nach der Reformation von Martin Luther bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts verschärften sich die Spannungen zwischen den Protestanten (einschliesslich vieler Adel und Fürsten) und Katholiken. Am 23. Mai 1618 geschah der Prager Fenstersturz, mit dem Protestanten in Prag in den Kaiserpalast eindrängte und zwei kaiserliche Statthalter sowie einen Kanzleisekretär aus den Burgfenstern warfen, weil der Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Matthias seinen Vetter Ferdinand II. König von Böhmen ernannt hatte und dieser protestantischen Anhängern brutal verfolgten. Im nachfolgenden Jahre gründeten die Protestanten eine vorübergehende Regierung, wählten Ferdinand V. zum König von Böhmen und erklärte Böhmen als selbständig, was zum militärischen Einsatz des Heiligen Römischen Reichs bzw. zur Schlacht am Weißen Berg führte. Die kaiserlichen Truppen als Sieger der Schlacht verurteilten nach der Besetzung von Prag 47 protestantische Führer verurteilt und 27 davon mit Todesstrafe. Dieser Tag wurde von den Protestanten als „Bluttag“ genannt und führte daher zu einen Krieg von protestantischen deutschen Satellitenstaaten und Dänemark gegen das Heilige Römische Reich (de facto gegen das österreichische Habsburgerreich mit Österreich als Mittelpunkt), wobei England, Frankreich und die Niederlande aus geopolitischen Interessen die protestantische antiösterreichische Liga unterstützten. Daher wurden die ursprünglichen katholisch-protestantischen Auseinandersetzungen mit den Konflikten zur Bekämpfung um die Vorherrschaft (oder zur Eindämmung von

Hegemonie) unter den europäischen Monarchien überlagert. Die Kriegsbeteiligten waren nicht mehr eindeutig mit katholisch oder protestantisch zu unterscheiden. So entstanden ringende Kriege unter den europäischen Ländern, bis 1648 die protestantischen Schweden und katholischen Franzosen (sowie Unionstruppen) die Truppen des Heiligen Römischen Reichs besiegten. Alle Kriegsparteien waren ans Ende ihrer Schöpfung gekommen, so wurden im Oktober in Münster (das Heilige Römische Reich mit Frankreich sowie jeweilige Verbündete) und Osnabrück (das Heilige Römische Reich mit Schweden sowie jeweilige Verbündete) Friedensverträge unterzeichnet, die von den Historikern als Westfälischer Friede bezeichneten und den Dreißigjährigen Religionskrieg beendeten. Die Friedensverträge symbolisierten sodann den Beginn der nationalstaatlichen Geschichte in der frühen Neuzeit.

Der Dreißigjährige Krieg machte die Bevölkerungszahl in Mittel- und Westeuropa massiv weniger und ruinierte die Wirtschaft. Aber in der Tat hat dieser Religionskrieg nur das Heilige Römische Reich extrem abgeschwächt, bis dieses von Tag zu Tag bloss den Titel „Reich“ trug. Daher ergab sich das berühmte Zitat von Voltaire, das Reich war „weder heilig noch römisch, auch kein Reich“. Schon während des Kriegs und auch nach dem Krieg wurden Protestanten aus österreichischen und böhmischen Gebieten vertrieben. 1621 verhängte der Kaiser die Reichsacht: alle Calvinisten und nichtlutherische Protestanten mussten innerhalb von drei Tagen das Reichsterritorium verlassen. Im darauffolgenden Jahre wurden auch lutherische Protestanten vertrieben. Bis 1731 vertrieb noch immer das österreichische Fürsterzbistum Salzburg im „Großen Salzburger Zug“ die Protestanten nach Preußen. Androsch ist der Meinung, dass die Rekatholisierung im österreichischen Gebiet während dieser Zeitphase für die nachhaltige Eindämmung allzu innovativer Ideen von entscheidender Bedeutung war. Und die besondere Folge war, in Österreich wurde der aufständische und überwiegend protestantische einheimische Adel durch willfähige Emigranten aus Spanien, Italien, Flandern, Portugal usw. ersetzt. Seit dem 17. Jahrhundert ist Österreich einheitlich katholisch, der Protestantismus ist nie wieder zu einer wirkungsmächtigen Kraft geworden. Im Gegensatz dazu hat sich der Protestantismus (überwiegend Lutheran und nachfolgender Calvinismus) schon längst im großpreußischen Gebiet nördlich von Österreich den Fuss gefasst. In Ostpreußen wurde sogar Deutscher Orden als

allererstes protestantisches Königsland der Weltgeschichte. Ganz wie Max Weber nach seinen Beobachtungen betonte, dass im protestantischen deutschen Gebiet nördlich von Österreich die kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft sich wesentlich schneller entwickelten als in Österreich.

Während das Heilige Römische Reich durch den Dreißigjährigen Krieg geschwächt wurde, wurde die politische Struktur der ursprünglichen Reichsmonarchie (später „Staat“) -Kirche Liga hier im Laufe der Rekatholisierung in Österreich im Gegenteil verstärkt. Mit den Worten von Androsch: „Die Ehe zwischen Thron und Altar bremste die Modernisierung“. In beiden Hinsichten, sowohl soziologisch als auch politisch verflochten sich zwei Phänomene miteinander, nämlich der Mangel an einheimischen Unternehmern mit dem Fehlen an liberalem Gedankengut.

Während der Industrialisierungsprozess sich in den anderen europäischen Gebieten schon längst entwickelte, blieb Österreich noch bei handwerklichen Betriebsformen. Androsch wies darauf hin, für private Industrieprojekte mangelte es nicht nur am Kapital, sondern auch an kompetenten Unternehmerpersönlichkeiten. Diese Lücke konnte in der Monarchie nie ganz geschlossen werden, und wurde durch den „Import“ von ausländischen Unternehmern gemildert: aus Deutschland, Böhmen und Mähren, insbesondere Protestanten und Juden. Der Liberalismus flackerte erst in den 1870ern in Österreich kurz auf. Nach dem Ersten Weltkrieg trat eine liberale Partei überhaupt nicht mehr in Erscheinung. Auch im heutigen Parteigebilde ist der Liberalismus nicht zu erkennen. Natürlich betonte Androsch, dass es bei seinem „Liberalismus“ nicht um einen Liberalismus mit Prägung von Hayek (Laisser-aller?) geht, sondern um den regelorientierten Ordoliberalismus von Walter Eucken, in dem es ein Interventionsrecht des Staates gibt. Nur solcher Liberalismus könnte die Grundlage für ein gegen den Populismus resistentes Bürgertum sein. Doch die populistischen Strömungen bilden im gegenwärtigen Österreich in der „Postbequemlichkeit“ (ein von mir selbstgebildetes Wort) eine realistische Gefahr. Androsch sagte ganz eindeutig, Populismus ist die falsche Antwort auf populistische Strömungen, nur der Liberalismus die richtige. Man kann sagen, dass seit der amerikanischen Finanzkrise 2008 die überoptimistische Geschichtsauffassung mit „the end of history“ von Fukuyama als Vertreter weltweit mit mehrfachen Herausforderungen und Skepsis konfrontiert. In der heutigen

Situation ist Androschs fester Standpunkt für den Liberalismus sehr nennenswert!

Man kann natürlich noch weitere andere Symptome für den erkrankten Wohlfahrtsstaat aufzählen, wie zum Beispiel der überdimensionierter öffentlicher Sektor. Nach 1918 ist die österreichische Staatsfläche auf nur ein Achtel des Habsburgerreiches geschrumpft, aber die Bürokratie wurde nie annähernd in diesem Maße verkleinert. Beim österreichischen Bundesheer etwa verwalten 24.000 Beamte 11.000 Präsenzdiener. 30 Prozent der Studenten haben das berufliche Ziel, im öffentlichen Dienst zu landen, und so fort. Trotzdem sind die Unfinanzierbarkeit der hohen Sozialleistungen und der Nachlass der Innovationsfähigkeit sind letztendlich die dringlichsten. In diesem klaren Bewusstsein hat der Autor eine Reihe von konkretisierten Gegenmassnahmen zur Verfügung gestellt (bzw. die sieben „Thesen“ und weiteren Aufzählungen), die hier im Text nicht mehr im Detail zu erörtern sind.

Was noch zu erläutern ist die Doppelseigenschaft von Österreich, ganz wie die anderen Mitgliedstaaten der EU - nämlich als Nationalstaat einerseits und Mitgliedstaat in der übernationalen europäischen Union andererseits. Daher ist die Problematik in Österreich nicht nur österreichisch sondern auch europäisch, umgekehrt sind die europäischen Probleme auch österreichisch.

Auch das „Leiden des Wohlfahrtsstaats an hohen Sozialleistungen“ in Österreich gilt allgemein in den anderen EU-Staaten. Aber die EU an sich ist ebenso mangelhaft, wie Androsch im Buch zitierte, dass die EU zwar ökonomisch ein Riese geworden, aber politisch ein Zwerg und militärisch ein Wurm geblieben ist. So der Treffer auf den wunden Punkt! Der Grund liegt wiederum ganz einfach darin, wie der Autor hinwies, dass die EU nicht in der Lage ist, zielgerichtete Gemeinsamkeiten zu bündeln. Trotzdem ist der grossartige Erfolg hoch zu schätzen, den die EU-Mitglieder im europäischen Integrationsprozess erzielt haben, weil er dem höchsten Wertbegehren der Menschheit entspricht, es ist Frieden!

Die Auffassung zur EU-Erweiterung von Androsch ist auch representative. Er ist der Meinung, dass die EU unter den gegebenen Umständen keine grossen Länder mehr aufnehmen könnte. Deshalb sei seines Erachtens die realistische Lösung für

die Beantragung der Türkei und Ukraine in die EU: die Türkei ja - die Ukraine nein. Nach dem Bücherabschluss hat in der Ukraine der Antrag auf den EU-Beitritt zur Abtrennung der Krim geführt, und im Osten der Spaltungskrieg ausgebrochen. Ich glaube, vor der heutigen Situation würde der Buchautor wahrscheinlich weiterentwickelte Ideen haben.

Androsch hat an mehreren Stellen in seinem Buch von vielen prominenten westlichen Politikern erwähnt:

Leadership wird man Thatcher nicht absprechen können – sie war eine Frau, die bestimmend für Großbritannien, Europa und die Welt war.

Der aktuelle US-Präsident Barack Obama, der eine beeindruckende Wende in der Industriepolitik seines Landes eingeleitet hat, ist ein besonders charismatisches Beispiel dafür.

Unsere Wohlstandsgesellschaft, bringt nicht mehr jene Charaktere vom Format eines Winston Churchill, Willy Brandt, Helmut Schmidt oder François Mitterrand hervor, die – unter dem Eindruck der Erfahrungen der Weltkriege – jene für politische Führungsaufgaben so notwendige Entschlossenheit ... besessen haben.

Die entschlossen handelnden Personen (auch wenn es nur beschränkt im bestimmten Bereich wie z. B. den Präsidenten Obama) würdigte der Autor lobender Worte. Im Vergleich dazu war er mit seinen Beurteilungen zu den aktuellen westeuropäischen Staatsführer nicht mehr so höflich.

Als Politiker ist Androsch in seiner Karriere Vizekanzler und Finanzminister gewesen. Zur Überwindung der zahlreichen Probleme in der österreichischen Republik sogar auch in der EU verlangte Androsch selbstverständlich von einem Teil der Elite (Politiker, Unternehmer) , dass man sich in der Handlung klar sein und insbesondere einen harten Willen haben muss. Wie seine Worte, Reformen brauchen weiterhin den Anstoss von „Oben“. Ausserdem muss man sich gegen den Populismus wehren. Das ist durchaus richtig.

Dieses Buchwerk hat zwar keine langen Seiten, befasst sich aber mit vielseitigen Inhalten wie geschichtlichen, politischen, ökonomischen, soziologischen Aspekten. Es ist kein akademisches Werk, aber eher sehr historisch- und realitätsbezogen. An dieser Stelle möchte ich einen Satz aus

einem anderen Buchkommentar von mir wiederholen: Nur durch ausführliches Lesen ist mehr zu erhalten.

In der Geschichte hat Österreich der Welt mit zahlreichen hervorragenden Denkern, Wissenschaftlern beigetragen. Im Zuge der beiden Weltkriege gingen Österreich viele grosse Philosophen, Literaten und Wissenschaftler, durch Emigration oder Vertreibung, verloren. Androsch nannte das einen geistigen Aderlass, von dem sich Österreich nie mehr wieder wirklich erholen konnte. Dennoch möchte ich Österreich vor der Zukunft weiterhin fest wünschen, alle Schwierigkeiten zu überwinden und damit wiederholend zum noch größeren Erfolg zu kommen.

Möge Österreich erneut der Menschheit grosse Philosophen, Denker und Wissenschaftler widmen. Lassen wir uns darauf hoffen!

den 15. Oktober 2014